



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde im Wahlkreis Gifhorn-Peine,

ich hoffe, dass Sie eine besinnliche und erholsame Weihnachtszeit sowie einen guten Start ins neue Jahr hatten. Für das Jahr 2020 wünsche ich Ihnen sowie Ihren Nächsten viel Glück, Gesundheit sowie privaten und beruflichen Erfolg.

Politisch sind wir mit beunruhigenden Entwicklungen im Nahen- und Mittleren Osten ins neue Jahr gestartet. In dieser außenpolitisch angespannten Lage müssen wir alle politischen Kanäle nutzen, um die Irankrise zu entschärfen und die Situation in Libyen zu befrieden. Mehr dazu finden Sie auf der nächsten Seite.

In Berlin neigt sich die erste Sitzungswoche dieses Jahres dem Ende zu. Gleich zum Auftakt beschäftigten wir uns im Plenum mit dem sensiblen Thema der Organspende. Ich habe in der namentlichen Abstimmung die Initiative zur doppelten Widerspruchslösung unterstützt und finde es sehr bedauerlich, dass der entsprechende Antrag keine Mehrheit fand (s. S. 2).

Ansonsten stand diese Woche die Agrarpolitik im Zentrum unserer Aufmerksamkeit. Das lag zum einen an der Eröffnung der Internationalen Grünen Woche, der großen, internationalen Leistungsschau der Land- und Ernährungswirtschaft sowie des Gartenbaus. Zum anderen wurde der Agrarpolitische Bericht der Bundesregierung 2019 im Bundestagsplenum beraten. Einen Bericht dazu lesen Sie auf Seite 3 dieses „Schulterblicks“.

Ich wünsche Ihnen eine aufschlussreiche Lektüre und freue mich über Ihre Anregungen.

Herzliche Grüße
Ihre und Eure



Bericht aus Berlin

Außenpolitisch schwierige Lage

Die letzten Tage und Wochen im Nahen und Mittleren Osten haben uns alle den Atem anhalten lassen. Wir denken an die unschuldigen Opfer des Flugzeugabschusses in der Nähe von Teheran. Die anfänglichen Versuche, dies zu vertuschen, haben die Glaubwürdigkeit der iranischen Führung nach innen und nach außen auf das Schwerste beschädigt. Jetzt gilt es, mit diplomatischen Mitteln die Irankrise so zu entschärfen, dass wieder mehr Ruhe in die Region einkehren kann. Dies ist ein mühsamer Weg. Alles, was zu weiteren Auseinandersetzungen führen kann, muss jetzt vermieden werden. Provokationen wie die Festnahme des britischen Botschafters führen zu weiteren Spannungen mit dem Iran. Dennoch bemüht sich Europa weiter, durch die Rettung des Nuklearabkommens für Entspannung zu sorgen. Dies kann aber nur gelingen, wenn der Iran seinen Verpflichtungen nachkommt.

Ganz in der Nähe Europas, in Libyen, hat sich die Lage in den letzten Wochen weiter zugespitzt. Wir unterstützen die Bundesregierung bei ihrem Versuch, im Rahmen des Berliner Prozesses für Frieden zu sorgen. Wir rufen alle Staaten, die an diesem Konflikt direkt oder indirekt beteiligt sind, auf, mit dafür zu sorgen, dass der Bürgerkrieg beendet werden kann und in Libyen Frieden einkehren kann.

Entscheidung über die Organspende

Zwar erklären sich grundsätzlich viele Menschen in Deutschland zur Organspende nach dem Tod bereit. Dennoch gibt es seit Jahren eine lange Warteliste von Personen, die auf ein Spenderorgan warten. Wir wollen daher die Zahl der Organspenden erhöhen. Nach dem Gruppenantrag von u.a. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn sollte eine sogenannte Widerspruchslösung eingeführt werden. Diese sieht vor, dass grundsätzlich jeder als potenzieller Organspender gilt, soweit er (oder seine Angehörigen) nicht widerspricht. Das ist der Ansatz, den ich für den richtigen Weg zur Erhöhung der Organspenden halte und den ich in einer namentlichen Abstimmung unterstützte. Leider fand dieser Antrag keine Mehrheit. Deswegen habe ich im zweiten Schritt für den anderen Gruppenantrag gestimmt, der zwar an der Zustimmungslösung festhält, einige Verbesserungen aber dennoch mit sich bringen wird. So sollen zum Beispiel die Hausärzte ihre Patienten zur Organ- und Gewebespende regelmäßig beraten. Es wird auch ein bundesweites Online-Register eingerichtet, in dem jede Person, die das 16. Lebensjahr vollendet hat, eine Erklärung zur Organ- und Gewebespende abgeben, ändern oder widerrufen kann.



Bericht aus Berlin

Landwirtschaft — im Plenarsaal und auf dem Messegelände

Grüne Woche in Berlin gestartet

Am Donnerstag hat die Internationale Grüne Woche zum 85. Mal ihre Tore in Berlin geöffnet und lockt interessierte Bürger sowie Fachbesucher auf das Messegelände. Diese große Messe der Landwirtschaft, der Ernährungsindustrie und des Gartenbaus bietet eine hervorragende Möglichkeit, sich über die Errungenschaften dieser Branchen zu informieren und Köstlichkeiten aus aller Welt zu verkosten. Partnerland der diesjährigen Messe ist Kroatien.

Über 1.800 Aussteller aus Deutschland und weiteren Ländern präsentieren ihre Waren und Dienstleistungen, mehr als 300 Seminare und Kongresse finden statt. Aus eigener Erfahrung kann ich nur sagen: Ein Besuch lohnt! Die Tore der Grünen Woche bleiben bis zum 26. Januar 2020 geöffnet.



Auf der IGW in der Blumenhalle

Agrarpolitische Bericht der Bundesregierung 2019

Der Agrarpolitische Bericht der Bundesregierung 2019 dokumentiert die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft in den vergangenen vier Wirtschaftsjahren. Demnach erwirtschaften 4,7 Millionen Menschen eine Bruttowertschöpfung von rund 194 Milliarden Euro, das entspricht rund 6,6 Prozent der Wertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche. Etwa jeder neunte Arbeitsplatz in Deutschland hängt direkt oder indirekt mit der Land- und Ernährungswirtschaft zusammen.

Der Bericht weist auf aktuelle Herausforderungen in der Landwirtschaft wie den Strukturwandel und Schwankungen in Marktpreisen und Erzeugungsmengen hin.

Zudem werden agrarpolitische Ziele und Maßnahmen der Bundesregierung aufgeführt.

In der Plenardebatte haben unsere Redner einmal mehr deutlich gemacht, dass wir auch in der derzeit schwierigen und aufgeheizten Lage als Agrarpolitiker der Union an der Seite der Bäuerinnen und Bauern stehen und für praktikable Lösungen für ihre Betriebe kämpfen.





Bericht aus Berlin

Mehr Kinderschutz im Internet

Als ordentliches Mitglied im Bundestagsausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend freue ich mich besonders über unseren Beschluss zur Bekämpfung des Cybergroomings. Unter „Cybergrooming“ versteht man das gezielte Ansprechen von Kindern im Internet mit dem Ziel, sexuelle Kontakte anzubahnen. In zweiter und dritter Lesung beschlossen wir in dieser Woche eine Änderung des Strafgesetzbuches, mit der eine Versuchsstrafbarkeit bei Cybergrooming eingeführt wird. Nach geltendem Recht greift der Straftatbestand des Cybergroomings bisher nicht, wenn der Täter lediglich glaubt, auf ein Kind einzuwirken, tatsächlich aber mit einem Erwachsenen (beispielsweise Eltern oder Polizei) kommuniziert. Die Versuchsstrafbarkeit soll nun eine wirksame Verfolgung von Cybergrooming ermöglichen. Des Weiteren wird der Straftatbestand der sexuellen Belästigung zukünftig in Urteilen stärker hervorgehoben. Die Verletzung der sexuellen Selbstbestimmung soll dadurch stets im Schuldspruch zum Ausdruck kommen. Des Weiteren sollen Strafverfolgern, die in kinderpornographischen Foren ermitteln, unter engen Voraussetzungen mehr Möglichkeiten zugestanden werden.

Mehr Frauen in die Parlamente



Sondersitzung der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
am 17. Dezember 2019 zum Thema Enquete-Kommission

Im Jahr 2019 jährte sich zum 100. Mal die Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland. Dies war für die interfraktionelle Frauengruppe des Deutschen Bundestages ein Anlass, eine Initiative zu Erhöhung des Frauenanteils im bundesdeutschen Parlament auf den Weg bringen zu wollen. Denn aktuell sind lediglich knapp 31 Prozent der Mitglieder des Deutschen Bundestages weiblich. Es zeigt sich hier sogar eine Tendenz nach unten. Vor diesem Hintergrund freue ich mich sehr, dass wir uns in meiner Fraktion darauf verständigt haben, uns für die Einrichtung einer entsprechenden Enquete-Kommission einzusetzen. Ihre Aufgabe wäre es, Vorschläge zu erarbeiten und zu prüfen, wie man den Frauenanteil im Bundestag steigern kann. Leider war unser Koalitionspartner nicht bereit, diesen Weg mitzugehen. Wir werden aber nicht locker lassen und weiterhin daran arbeiten, mehr Frauen in die Parlamente zu bringen.



Bericht aus Berlin

Sicherer Radverkehr für Vision Zero im Straßenverkehr

Mit unserem Koalitionsantrag „Sicherer Radverkehr für Vision Zero im Straßenverkehr“ fordern wir die Bundesregierung dazu auf, die „Vision Null“, also das Ziel einer vollständigen Vermeidung von Verkehrstoten als Leitgedanken in die Straßenverkehrsordnung (StVO) aufzunehmen. Hierzu sollen etwa solche verkehrspolitischen Maßnahmen durchgesetzt werden, die wie etwa geschützte Radfahrstreifen oder Parkverbotszonen im Kreuzungsbereich Risiken für Radfahrer verringern. Außerdem soll die Bundesregierung prüfen, wie die hohe Zahl von Rechtsabbiege-Unfällen von Kraftfahrzeugen unter 3,5t mit Fahrrädern reduziert werden kann. Aus unserer Sicht soll es Kommunen mit Blick auf den Schutz von Radfahrern erleichtert werden, innerorts die Geschwindigkeitsbegrenzung von Tempo 30 km/h für ganze Straßen unabhängig von besonderen Gefahrensituationen anzuordnen. Des Weiteren sieht der Antrag Anpassungen im Bußgeldkatalog bei Verstößen auch und gerade von Radfahrern gegen die StVO vor.



In Berlin bin ich in der Regel mit dem Fahrrad unterwegs.

Kommunalpolitiker, Rettungskräfte und Polizei besser vor Drohungen und Gewalt schützen

Angeichts der Bedrohungen und der Gewalt, mit denen Kommunalpolitiker, Rettungskräfte und Polizeibeamte immer öfter konfrontiert sind, haben wir als CDU/CSU-Fraktion eine Aktuelle Stunde im Bundestag beantragt. Am Donnerstag diskutierten wir im Plenum diese alarmierenden Entwicklungen, die auch das Bundeskriminalamt bestätigt und beziffert: Im vergangenen Jahr wurden 1.241 politisch motivierte Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger dokumentiert. 440 davon wurden von Rechtsextremen, 246 Taten von Linksextremen verübt.

Im Hinblick darauf war es wichtig, dass die Bundesregierung im Oktober 2019 ein Maßnahmenpaket beschlossen hat, das Kommunalpolitikern künftig einen besonderen Schutz gegen Beleidigungen und üble Nachrede auch im Internet bietet.

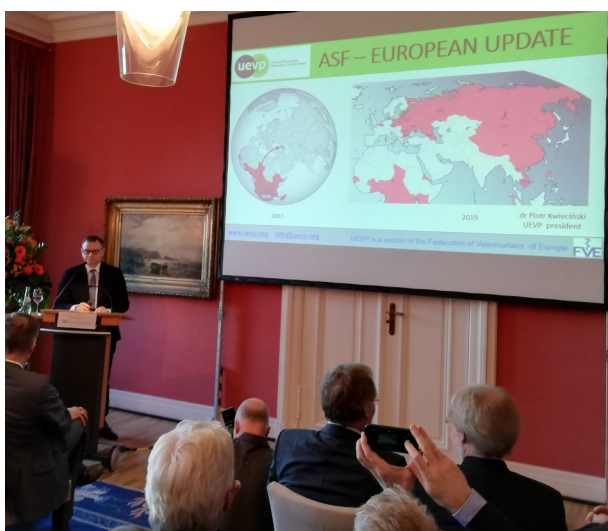


Bericht aus Berlin

Afrikanische Schweinepest beschäftigt die Tierärzteschaft

Der Bundesverband praktizierender Tierärzte lud am 15. Januar 2020 zu seinem traditionellen Neujahrsempfang in die Parlamentarische Gesellschaft ein.

Auf dem Programm stand eine sehr interessante und hochaktuelle Präsentation von Dr. Piotr Kwiecinski, dem Präsidenten des Europäischen Praktikerverbandes, zur Afrikanischen Schweinepest. Der Pole berichtete aus erster Hand über die Entwicklung der Afrikanischen Schweinepest in Polen und über die Maßnahmen, die in unserem Nachbarland ergriffen wurden. Mit großer Sachkenntnis machte er deutlich, wie schwierig es ist, dem Ausbruchsgeschehen adäquat zu begegnen. Er beglückwünschte Deutschland zu seinen Bemühungen, die Einschleppung der Seuche zu verhindern und sich auf den möglichen Notfall vorzubereiten.



Gespräch mit EU-Kommissionsvize Frans Timmermans zum Green Deal

Auf Einladung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit nahm ich am 15. Januar 2020 an einem Gespräch mit dem Vizepräsidenten der EU-Kommission Frans Timmermans teil. Thema des Austauschs, der im Rahmen einer nicht öffentlichen Ausschusssitzung stattfand, war der sogenannte europäische „Green Deal“.

Herr Timmermans berichtete über die Vorhaben der Kommission zur Bewältigung klima- und umweltbedingter Herausforderungen. Das ambitionierte Ziel der Kommission ist es, dass im Jahr 2050 in der Europäischen Union keine Netto-Treibhausgasemissionen mehr freigesetzt werden. Das Wirtschaftswachstum soll von der Ressourcennutzung abgekoppelt werden.





Bericht aus Berlin

Aus dem Plenum

Gesetze zur Änderung des Strafgesetzbuches – Strafrechtlicher Schutz bei Verunglimpfung der Europäischen Union und ihrer Symbole. Wir berieten in erster Lesung über eine Änderung des Strafgesetzbuches, welche die Verunglimpfung der Flagge und Hymne der Europäischen Union unter Strafe stellt. Wir wollen damit den für Deutschland und seine Bundesländer, aber auch für ausländische Flaggen bestehenden Schutz auch für die Symbole der Europäischen Union einführen. Mit einem Änderungsantrag wollen wir als Koalitionsfraktionen das öffentliche Zerstören oder Beschädigen einer ausländischen (z.B. der israelischen) Flagge, etwa im Rahmen von Demonstrationen, unter Strafe stellen.

Gesetz zur Verbesserung der Rahmenbedingungen luftsicherheitsrechtlicher Zuverlässigkeitsüberprüfungen. Ziel dieses Gesetzentwurfs, den wir in erster Lesung berieten, ist ein verbesserter Schutz des zivilen Luftverkehrs vor Angriffen sogenannter „Innentäter“. Das sind Personen, die besonderen Zugang zu Einrichtungen und Abläufen des Luftverkehrs haben. In die Zuverlässigkeitsprüfung aller luftsicherheitsrelevanten Personen sollen künftig Daten der Bundespolizei und des Zollkriminalamtes sowie Auskünfte aus dem Erziehungsregister und dem zentralen Staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregister einbezogen werden dürfen. Zudem wird die Zuverlässigkeitsprüfung von Privatpiloten an die bestehenden Regelungen für andere überprüfungspflichtige Personen angeglichen. Bei Sicherheitsüberprüfungen durch ausländische Stellen sollen die deutschen Luftsicherheitsbehörden in erweitertem Maße mitwirken und auch Daten übermitteln dürfen. Des Weiteren soll den Bundesländern die Möglichkeit zur Einführung eines gemeinsamen Luftsicherheitsregisters eingeräumt werden.

Gesetz zur Einführung einer Wohnungslosenberichterstattung sowie einer Statistik untergebrachter wohnungsloser Personen. Mit dem Gesetz, das wir in zweiter und dritter Lesung beschlossen, wird eine Statistik zu untergebrachten wohnungslosen Personen eingeführt. Darin werden Wohnungslose, die Leistungen zur Unterbringung in Anspruch nehmen, erfasst. Die Erhebung wird zum 31. Januar eines jeden Jahres, erstmals zum 31. Januar 2022, durch das Statistische Bundesamt vorgenommen. Dabei werden künftig Personaldaten, die Art der Unterkunft sowie das Datum des Beginns der Unterbringung erhoben. Künftig soll Wohnungslosigkeit in Deutschland mindestens alle zwei Jahre in einem Bericht unter Einbeziehung von Wissenschaft und Fachverbänden dokumentiert und bewertet werden.

Einen Überblick über die rund 26 Stunden des [Plenarbetriebs diese Woche finden Sie hier](#).



Bericht aus dem Wahlkreis

Augenscreening für Gifhorner Kinder

Auf Einladung des Koordinators des Gifhorner Kinderfonds, Holger Ploog, tauschte ich mich am 7. Januar 2020 mit ihm über das Projekt zum kostenlosen Augenscreening für Gifhorner Kinder aus.

Eine Kooperation zwischen dem Gifhorner Kinderfonds, dem Verein zur Förderung der Wahrnehmung bei Kindern, Optiker-Meistern aus Berlin und dem organisierenden Optiker aus Hankensbüttel kümmert sich mit großem Engagement um die Augengesundheit unserer Kinder. Ihr Projekt bietet allen Eltern in den 85 Kitas im Landkreis und in der Stadt an, ihre Kinder innerhalb von drei Jahren einem für sie kostenfreien Augenscreening zu unterziehen. Das Ziel des Zusammenschlusses ist es, dieses Screening in die U-Untersuchungen mit aufzunehmen. Dann könnten die Augenärzte oder für diesen Zweck weitergebildete und mit entsprechenden Geräten versorgte U-Untersuchungsärzte dieses Screening im Interesse unserer Kinder durchführen.



Logo des Gifhorner Kinderfonds

Besuch beim Rittergut Lucklum

Am Freitag, dem 10. Januar 2020 besuchte ich gemeinsam mit meiner Kollegin aus dem Europäischen Parlament, Lena Düpont, das Rittergut Lucklum in Erkerode.

Dort wird an der Symbiose von konventioneller und biologischer Landwirtschaft geforscht und gearbeitet. Konkret werden 300ha biologisch und 700ha konventionell bewirtschaftet. Dabei lassen sich die Betreiber u. a. von der symbiotischen Landwirtschaft leiten und vertreten die Auffassung, dass die konventionelle Landwirtschaft und die Bio-Landwirtschaft voneinander lernen können. Es war ein spannender Vor-Ort-Termin, der die positive Dynamik in der Branche zeigt.





**Sprechen Sie uns an —
wir sind gerne für Sie da!**

Kontakt/Impressum

Ingrid Pahlmann MdB

Bundestagsbüro Berlin

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 11, 11011 Berlin
Telefon: 030 227-72341
Fax: 030 227-76067
E-Mail: ingrid.pahlmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Gifhorn

Steinweg 5, 38518 Gifhorn
Telefon: 05371 740 69 28
Fax: 05371 937 38 74
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de
Ansprechpartner: Frederick Meyer

Wahlkreisbüro Peine

Freiligrathstraße 4, 31224 Peine
Telefon: 05171 769 92 49
Fax: 05171 150 34
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de
Ansprechpartnerin: Ann-Marie Klaas



Copyright

Fotos

Kopfzeile S. 2-7: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann; Deutscher Bundestag/Achim Melde
Kopfzeile S. 8: Altes Rathaus Peine: Losch/commons.wikimedia.org; privat; Schloss Gifhorn:
© Anne Bermüller/pixelio.de; Kopfzeile S. 9: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann
Foto S. 4: Diana Tuppack
Alle weiteren Fotos: privat